



Foto: Forschungsjournal

Verwaltungsmitarbeiter, Bürger: Agenda-Prozesse fördern die direkte Demokratie.

Harte Themen

In Backnang wurde untersucht, wie die Lokale Agenda in einer mittelgroßen Stadt eingeschätzt wird. Die Ziele werden meist positiv beurteilt, die Umsetzbarkeit bezweifelt.

Anlässlich der Kommunalwahlen in Baden-Württemberg im Oktober 1999 wurde von der Lokalen Agenda in der Stadt Backnang (Baden-Württemberg) ein Fragebogen entwickelt, der Informationen über den Bewußtseinsstand, den Stellenwert sowie die realistischen Chancen einer Lokalen Agenda unter den neu zu wählenden Gemeinderäten ermitteln sollte.

Der Fragebogen wurde vom Agenda-Büro der Stadt an alle zur Wahl angetretenen 143 Kandidaten der verschiedenen Parteien und Listengruppierungen verschickt. Von 143 Fragebogen wurden 37 zurückgeschickt, was eine doch befriedigende Rücklaufquote von etwa 26 Prozent ergibt. Neun Antworten kamen dabei von Personen, die dem neuen Gemeinderat angehören. Dies entspricht bei insgesamt 26 zu vergebenden Sitzen einem Ergebnis von etwa 34 Prozent. Somit liegt der Schluß nahe, daß die überwiegende Mehrheit der Befragten der Lokalen Agenda eher gleichgültig gegenübersteht.

Die Fragebogenaktion kann als Fallbeispiel dafür gelten, wie die Lokale Agenda in einer Großen Kreisstadt wie Backnang, mit etwa 34 000 Einwohnern am nordöstlichen Rand der Region Stuttgart gelegen, vom Gemeinderat akzeptiert und eingeschätzt wird und sich gegenwärtig Bewußtseinsprozesse über das

Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in politischen Gremien vollziehen.

Als erstes wichtiges Ergebnis der Umfrage kann festgehalten werden, daß eine große Mehrheit von 83,8 Prozent der Antwortenden der Lokalen Agenda gegenüber sehr positiv eingestellt ist.

Bei der Bewertung von Methoden und Kommunikationsformen zur Bürgerbeteiligung sprachen sich 67,6 Prozent der Befragten für ein Antragsrecht der Lokalen Agenda im Gemeinderat aus, um die repräsentative Entscheidungsfindung durch weitere Teilnehmungsmodelle zu ergänzen. In diesen Kontext gehört auch das Votum mit 75,7 Prozent, daß die Lokale Agenda durch ein unabhängiges Bürgerforum mit eigenständiger Themenwahl und freier Arbeitsgruppenbildung getragen werden sollte.

Mit 91,9 Prozent überraschend hoch ist die Zustimmung der Antwortenden in der Frage, als künftiger Mandatsträger Zielkonflikten zwischen ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten nicht aus dem Wege zu gehen und im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung auch unpopuläre Entscheidungen mitzutragen. Mit dieser Aussage wird auch der Stellenwert des freien Mandats herausgestellt.

Als Fazit der Befragung sollten die Erfolgsaussichten der Lokalen Agenda in Backnang beurteilt sowie die Chancen eingeschätzt werden, ob es durch die-

sen Prozeß zu einer Umorientierung in der Stadtentwicklung kommen kann und sich Nachhaltigkeitskriterien gegenüber etablierten politischen oder wirtschaftlichen Interessen durchsetzen können. Hier werden die Chancen zu einer wirkungsvollen Umsetzung der Lokalen Agenda jedoch mit 73 Prozent an skeptischen Antworten als eher gering eingeschätzt. Obwohl die Gründe für entsprechende Hemmnisse nicht explizit erfragt wurden, liegt jedoch der Schluß nahe, daß eventuelle Hinderungsgründe für einen erfolgreichen Agenda-Prozeß nicht vom Gemeinderat selbst ausgehen, sondern die mangelnden Chancen eher bei der Stadtverwaltung und deren Organisationsstrukturen zu suchen sind.

Es treten somit deutliche Differenzen im Rollenverständnis der verschiedenen Akteure auf. Der Gemeinderat, mit der Souveränität der Bürgerschaft ausgestattet und kraft seiner legislativen Funktion zur Kontrolle der Verwaltung beauftragt, sieht sich vor dem Dilemma, entsprechende Voraussetzungen für Innovationen zu einer nachhaltigen Entwicklung in der Verwaltung erst schaffen zu müssen. Bleiben – wie in Backnang – die Vorbedingungen für eine erfolgreiche Agenda-Arbeit aus, so etwa die Vernetzung querliegender Themen als innovative Aufgaben innerhalb der städtischen Ämter oder das gleichermaßen von Verwaltung und Gemeinderat nicht artikulierten Bekenntnis zur tatsächlichen Einlösung eines Aktionsplans, müssen auch die besten Ideen und Vorschläge der Bürgerschaft letztlich auf der Ebene des Bewußtseins steckenbleiben. Hier kann die bei einer Lokalen Agenda obligatorische Bürgerbeteiligung sehr schnell an ihre Handlungs- und Glaubwürdigkeitsgrenzen stoßen.

Problematische Transparenz

Die Bürgerbeteiligung durch einen Agenda-Prozeß steht für eine Transparenz der Entscheidungen, die den sonst eher nur zu Wahlzeiten Aufmerksamkeit erhaltenden Gemeinderat vor gewisse Probleme stellen kann. So gehen mit einer Lokalen Agenda nicht unbedeutende Elemente von direkter Demokratie in die lokale Politik ein, die hier auch ihre Berechtigung haben. Echte Bürgerbeteiligungsprozesse und politische Innovationen bleiben jedoch abhängig von der Bereitschaft der Spitzen von Verwaltung und Gemeinderat, auch „harte“ Themen wie Flächenversiegelung, Fragen der Industriensiedlung oder Verkehrsprojekte zuzulassen und diese eventuell auch ernsthaft zur Disposition zu stellen.

Andreas Brunold

Dr. Andreas Brunold ist Studienrat an der Kaufmännischen Schule in Backnang und Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft/Didaktik politischer Bildung an der Pädagogischen Hochschule in Ludwigsburg.